Editorial

Selten schien in der Bundesrepublik Deutschland der Sieges(ein)zug von Frauen in politische Spitzenämter so überzeugend zu laufen: Angela Merkel als neue Vorsitzende der CDU, fünf Ministerinnen im rot-grünen Bundeskabinett, die Wiederwahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin, das landes- und bundesweite Bedauern um den Rückzug von Renate Schmidt aus verantwortungsvollen Parteipositionen. Hat Deutschland in seinem Geschlechter- und Demokratieverständnis aufgeschlossen zu (nord)-europäischen Nachbarstaaten? Haben die Parteien ihr Versprechen der frauenpolitischen Erneuerung der eigenen Strukturen erfolgreich umgesetzt, nehmen Frauen selbstverständlicher denn je neben Familie und Beruf auch Politik als den ihnen angemessenen Lebensbereich an? Stellen sich die Frauen der Jahrtausendwende bereitwilliger und selbstsicherer politischen Aktivitäten und – werden sie auch eher gewählt als noch vor einigen Jahren, von Männern und Frauen?

Die Diskussion um die Präsenz von Frauen in der Politik war noch in den achtziger Jahren geprägt von einer ambivalenten Einstellung zur mangelnden "Weiblichkeit" in der Politik. Die Fragen, wie viele Frauen sich im Vergleich zu Männern in den Parlamenten auf den verschiedensten Ebenen finden, in Regierungsämtern, in den Spitzenpositionen von Parteien, Verbänden und politisch relevanten Organisationen, scheinen das männliche Politikverständnis zu akzeptieren, grenzen politisches Interesse und Engagement auf die offiziellen politischen Äußerungsformen und Einrichtungen ein. Fragen und Antworten ergaben dann zwangsläufig eine negative Bilanz für Frauen, geringe weibliche Beteiligung und Repräsentanz. Aber die vielfältigen freiwilligen gesellschaftlichen Engagements von Frauen – meistens in den unmittelbaren Lebenswelten von Familie, Schule, anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Nachbarschaft und Gemeinwesen angesiedelt - geraten dabei nicht in den Blick der Politiker, der Politikwissenschaftler, der Öffentlichkeit und der Frauen selbst, die diese Aktivitäten häufig selbst nicht als politische definieren. Von dieser Position her stellten Wissenschaftlerinnen und Feministinnen Fragen nach einem anderen Politikverständnis der Frauen.

In diesem Heft konzentrieren wir uns auf die "etablierten" Formen von Politik, auf die Beteiligung von Frauen an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und geraten damit in die Strukturdebatte um Inklusions- und Exklusionsprozesse der Politik, die sich ja nicht nur auf die Kategorie "Geschlecht", sondern auch auf andere Kategorien wie "Ethnie", Alter, soziale Lagen und Milieus bezieht.
Lange Zeit war der "formelle und informelle Frauenausschluss" (vgl. Kreisky 1995, S. 88) so umfassend, dass immer noch von einer "intakten männlichen Lebenswelt" der Berufspolitik gesprochen werden kann. Bis in die heutige Zeit haben Bedingungen weiblicher Lebenserfahrung kaum eine größere Rolle in politischen Entscheidungen gespielt. So sind Frauen immer noch die "Anderen", die "Fremden" in der Berufspolitik (vgl. Schöler-Macher 1991) und trotzdem ist Politik als Beruf inzwischen für viele Frauen ein alltägliches und faszinierendes Geschäft geworden. Im 14. Deutschen Bundestag finden

sich immerhin schon 31 Prozent Frauen, in der PDS und bei den Grünen liegt der Frauenanteil bei den Abgeordneten sogar über 50 Prozent. Männliche Politiker besetzen zwar immer noch die meisten einflussreichen Positionen als Fraktions- und Ausschussvorsitzende, Frauen finden sich eher als "Stellvertreterinnen" wieder, andererseits haben Frauen sich auch traditionell männliche Ressorts wie das Justiz-, das Finanz- oder das Bauministerium erobert.

Gerade ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern macht auf eine Reihe von Entwicklungen aufmerksam, welche die Chancen auf eine Repräsentanz von Frauen erhöhen:

- Die stärkere Bereitschaft der (jungen) Frauen zur bewussten Karriereplanung auch im öffentlichen Bereich; es gibt nicht mehr nur das "zufällige", überraschende Gerufenwerden durch andere, von dem häufig frühere Frauengenerationen berichten,
- die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen, auch in politisch "nahen" Berufen und Positionen, verschafft ihnen mehr Erfahrung und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum,
- neue Rekrutierungswege der Parteien: Häufiger werden auch "QuereinsteigerInnen" akzeptiert und nicht nur der jahrelange, mühselige Aufstieg durch alle Ebenen des Parteiapparats,
- ein Generationenwechsel in der politischen Funktionärsriege und dabei das Bedürfnis nach "neuen", unbelasteten Gesichtern,
- mehr frauenfördernde Strategien in den Parteien wie eine Frauenquote für alle parteiinternen Positionen und oder gezielte Anwerbung und Motivierung von Frauen - schließlich sind Wählerinnen eine wichtige Zielgruppe,
- wachsende Kompetenzzuschreibung an Frauen für politische Funktionen (vgl. die österreichische Untersuchung von Hofer und Wolfsgruber 2000), sowohl im Selbstbild der Frauen wie bei den WählerInnen,
- der Erfolg von Frauenorganisationen und Frauennetzwerken usw.

Viele der Beiträge in diesem Heft weisen auf die Wirkung dieser Faktoren hin. Sie berichten aber auch von den zahlreichen Hindernissen für Frauen auf einem Weg in die Politik: Politik ist immer noch als Männerwelt geprägt – auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedenen Bereichen jeweils unterschiedlich stark. Immer noch müssen sich Frauen mit ihrem Status als "Fremde" und "Exotin" auseinandersetzen, eine Aufgabe, die Einsteigerinnen nicht nur motiviert. Das Haupthindernis dürfte im alten Schlüsselproblem der Geschlechterbeziehungen liegen, in der Vereinbarkeit von Privatbereich, Familie, Erwerbstätigkeit und/oder Politik. Allein schon die Forderung nach ständiger Verfügbarkeit bevorzugt Männer, solange Frauen sich in erster Linie für die Familie zuständig fühlen und ihren eigenen Männern "den Rücken frei halten" (müssen). Der Bericht von Pernille Lønne Mørkhagen aus Norwegen ist hier besonders aufschlussreich, weil er deutlich macht, dass trotz hoher weiblicher Partizipation in der "großen" Politik auch in Norwegen die meisten Karrierehindernisse für Frauen in Aspekten der alten rollenspezifischen Aufgabenteilung liegen. Die Spielregeln der Politik lassen sich immer noch besser mit männlichen Biografien als mit weiblichen vereinen. Und viele tradierte Rekrutierungsstrategien (wie herkömmli-

che bundesländer- oder organisationsspezifische Verteilungen) behindern noch immer den Aufstieg von Frauen.

Die Autorinnen für dieses Heft sind Politikerinnen, Politik- und Sozial-Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen. Spitzenpolitikerinnen der SPD sprachen mit und schrieben für uns, genauso wie eine ehemalige Staatssekretärin aus Sachsen-Anhalt, aber auch Stadträtinnen aus kleineren Gemeinden. Damit sind unterschiedliche Ebenen der Politik repräsentiert und unterschiedliche Parteien. Die meisten Beiträge beziehen sich auf die bundesdeutsche Politik, die Aufsätze und Berichte aus europäischen Nachbarländern zeigen eindrucksvoll unterschiedliche Varianten des gleichen Themas: Norwegen mit seiner konsequenten Frauenpolitik sorgt sich um die Beteiligung von Männern, in Italien kommt die Frauenquote in fast allen politischen Gremien nicht über zwölf Prozent. Aus der Türkei kommt eine Analyse über die Strategien verschiedener Frauenorganisationen für die politische Partizipation der Frauen und aus dem österreichischen Parlament haben wir einen Bericht über die Beteiligung von Frauen an den wichtigsten Debatten.

In einem ersten Abschnitt dieses Heftes werden die Veränderungen um die Beteiligung von Frauen in der Politik beschrieben und analysiert.
Birgit Meyer weckt die Erinnerung an die erste Generation von Politikerinnen im Nachkriegsdeutschland und vergleicht diese mit den politisch aktiven Frauen der Gegenwart. Sie fragt nach den Motiven und dem Selbstverständnis der Politikerinnen und findet interessante Veränderungen. Ihr Resümee ist skeptisch, weil nach wie vor nur ein Bruchteil aller Frauen in der Politik repräsentiert ist.
Beate Hofmann nimmt mit dem politischen Verhalten evangelisch aktiver Frauen das schwierige Verhältnis von Kirche und Politik in den Blick. Einmal wird am Beispiel führender evangelischer Christinnen die unterschiedliche Haltung zum Nationalsozialismus beschrieben, von der Opposition bis hin zum Versuch strikter Neutralität und dem Rückzug auf ein apolitisches Verständnis der Frauenrolle. Nach 1945 zogen die evangelischen Frauen sehr unterschiedliche Konsequenzen aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus: Einige wandten sich völlig vom öffentlichen Leben ab und der Familie zu, andere sahen politische Frauenbildung als erste Aufgabe. Politische Einmischung heißt die neue selbstbewusste Strategie mit der bewusst weiblichen Variante, sich nicht für eigene Positionen und Ideologien, sondern für Frieden und Gerechtigkeit zu engagieren.
Um die geringe Präsenz der Frauen in der politischen Landschaft Italiens zu verstehen, ist ebenfalls ein Blick zurück auf die Diktatur und die Nachkriegszeit notwendig. *Rosanna Vitale* schildert, wie die politisch aktiven Frauen des Widerstands nach dem Krieg in ihrer politischen Heimat, der Kommunistischen Partei Italiens, wieder in eine unauffällige, stille Rolle zurückgedrängt wurden. Die Hinwendung zu Veränderungen im Privatbereich war die persönliche Reaktion der Frauen.
Wie das Gegenstück dazu liest sich die kritische Bestandsaufnahme von *Pernille Lønne Mørkhagen* über die Rolle der Frau im gegenwärtigen Norwegen. Die konsequente Frauenförderpolitik dieses Landes hat Frauen scheinbar selbstverständlich an die politische Spitze gebracht. Dennoch ist die Bilanz nicht nur positiv: in den Top-Positionen der Wirtschaft und der lokalen Verwaltung Norwegens dominieren eindeutig Männer – ein Anlass, die Geschlechterrollen und die aktuellen Entwicklungen der Geschlechter- und Familienpolitik kritisch zu überprüfen.

In einem zweiten Abschnitt werden die Wege der Frauen in die Politik untersucht: Rekrutieren sich politisch aktive Frauen selbst oder werden sie von den Parteien "geholt"? Welche Erfahrungen prägen ihren Weg in die Politik, was hilft und unterstützt, wo stehen immer noch Barrieren im Weg?
Mit den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung unter westdeutschen Kommunalpolitikerinnen beantwortet *Brigitte Geißel* die Frage, unter welchen Bedingungen im Privatleben, im Beruf und in der Politik eine Frau überhaupt politisch aktiv werden kann, und findet ein ganzes Netz von günstigen und blockierenden Faktoren, das jede These von eindimensionalen Zusammenhängen verbietet. Die Autorin rückt dabei weniger den Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Karriereverläufen in den Mittelpunkt, sondern die Differenzen in den Lebensbedingungen und auch politischen Partizipationschancen *zwischen* verschiedenen Gruppen von Frauen.
Dabei bestätigt diese empirische Erhebung auch, welche positive Rolle für den Einstieg von Frauen in die Politik die sog. Frauen- und. Männerquote in den Parteien spielt.
Die Schatzmeisterin der SPD, *Inge Wettig-Danielmeier*, schildert Geschichte und Erfahrungen ihrer Partei mit der Quotenregelung, an der sie selbst führend beteiligt war. Sie erläutert, warum gerade die Frauenorganisation innerhalb der Partei ihre Einstellung zur Quote dramatisch ändern musste und welche spezifischen Bedingungen die Akzeptanz der 40-Prozent-Quote innerhalb der Partei stärkten. Auch auf die Frage, ob die Frauenquote in der SPD bundesweit umgesetzt wird, wird hier Antwort gegeben.
Im Bericht aus Sachsen-Anhalt führt *Elke Plöger* die wichtigsten Strategien und Unterstützungsmöglichkeiten vor, die ein politisches Engagement von Frauen fördern könnten. Dabei kommt der gezielten Bildung von Frauen für politische Positionen ein besonderes Gewicht zu. In vielen Interviews haben einerseits Politikerinnen beklagt, dass ihnen für den Einstieg das Wissen um den "fremden" Lebensbereich, seine Regeln und Strategien fehlte, andererseits scheinen Frauen auch wesentlich motivierter zu sein, sich in vorbereitenden und begleitenden Seminaren das nötige Wissen zu holen – eine günstige Ausgangsbedingung für effektive politische Frauenbildung.
Früher als in vielen anderen Ländern der Welt haben Frauen in der Türkei das aktive und passive Wahlrecht erhalten, nämlich im Jahre 1934. Und mit Tansu Ciller hatte die Türkei in den neunziger Jahren immerhin eine weibliche Regierungschefin – gibt es einen staatlichen Feminismus in der Türkei? *Aksu Bora* geht dieser Frage in mehreren Linien nach. Sie beschreibt das Verhältnis zwischen Frauenorganisationen und dem Staat bzw. staatlicher Politik, analysiert die Rolle von Frauen in den Parteien und im Parlament und die Bedeutung der Frauenbewegung für die Frauenpolitik. Am Beispiel von Ka-Der, dem Verein zur Unterstützung und Fortbildung weiblicher Kandidatinnen, wird der Balanceakt deutlich zwischen dem begonnenen professionell organisierten Prozess der politischen Aktivierung von Frauen und einem "genügsamen", vorsichtigen politischen Programm, das keine (männliche oder parteiliche) Gegnerschaft wecken soll.

In einem dritten, kurzen Abschnitt geht es um Erfahrungen von Frauen in der Männerwelt Politik.
Eva Rossmann hat sich einen "objektiven" Indikator aus dem Parlamentsgeschehen herausgesucht, um zu belegen, welche offensichtlichen und auch subtilen Mechanismen Frauen weniger "sichtbar" machen: das Rederecht. In einer nüchternen Analyse aller großen Debatten der letzten Wahlperiode, noch vor dem Regierungswechsel, kommt sie zu eindeutigen Ergebnissen: Je wichtiger das Thema der Debatte, umso seltener dürfen Frauen ans Rednerpult und je weniger die Öffentlichkeit via Fernsehübertragung die Parlamentarier erlebt, umso eher dürfen auch die Frauen sprechen. Dabei listet Eva Rossmann auch die Unterschiede zwischen den Parteien auf. Allein schon diese Untersuchungsergebnisse machen deutlich, dass mit dem Weg der Frauen in das Parlament hinein nur ein erster Schritt gelungen ist, mit der Durchsetzung und Behauptung in den Strukturen dieser Welt wartet die nächste Aufgabe auf die politisch engagierte Frau.
Von der Bundesebene geht es dann zurück zur Ebene der Lokalpolitik und dort in die kleinen Gemeinden und Landkreise, wo Frauen noch seltener als in den Städten eine politisch aktive Rolle spielen (dürfen). *Evelyn Gillmeister-Geisenhof* hat Frauen in verschiedenen politischen Funktionen in mittelfränkischen Gemeinden nach ihren Erfahrungen befragt. So unterschiedlich ihre Wege in die aktive Politik waren, definieren sie ihre Rolle, ihr eigenes Handeln und ihre Wirkungen in der Abgrenzung zu den männlichen Kollegen doch ähnlich.
Der letzte Beitrag, ein Gespräch mit der Bayrischen SPD-Parteivorsitzenden *Renate Schmidt*, fasst viele unserer Leitfragen für dieses Heft zusammen. Renate Schmidt steht vor dem freiwilligen Rückzug aus ihren politischen Spitzenämtern und bilanziert ihre Erfahrungen. An ihrer Biografie, von der Kindheit und Jugend über die Erfahrung in einem "Männerberuf" und die Privatheit der eigenen Familie, werden die besonderen Antriebe, Hoffnungen, unterstützenden und schwierigen Bedingungen im Leben einer politischen Frau deutlich. Gleichzeitig zeigt das Gespräch auf, dass eine Frau, die ihre Singularität in der Männerwelt durchaus zu nutzen versteht, an strukturelle Grenzen gerät: es ist auch den Spitzenpolitikerinnen ihrer Partei nicht gelungen, rechtzeitig einen Vorschlag für eine mögliche erste Bundespräsidentin der Bundesrepublik zu machen, geschweige denn durchzusetzen.
Die positive persönliche Bilanz aber kann und soll auch Mut machen. Renate Schmidt, die sich mit Recht gegen Zuschreibungen von frauen- oder männerspezifischen Verhaltensstrategien in der Politik wehrt, vertritt eine Position, die wohl gerade dem Wunsch von politisch interessierten Frauen entgegenkommt: Politik ist ein zeitlich begrenztes Geschäft, das auch während seiner Ausübung mit einem privaten Leben vereinbar sein muss.

Literatur:

Hoecker, Beate (Hg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen, 1998.
Kreisky, Eva: Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: Becker-Schmidt, Regina und Gudrun Axeli-Knapp (Hg.), Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main und New York, 1995.
Meyer, Birgit: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt/Main und New York, 1997.
Oechsle, Mechthild und Karin Wetterau (Hg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen, 2000.
Schöler-Macher, Bärbel: Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht von Frauen. In: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1 und 2, 1991, S. 98-116.
Wolfgruber, Elisabeth und Petra Grabner: Politik und Geschlecht. Innsbruck, 2000.